

Gemeinsame Erklärung: Wasserstoffinfrastruktur für Baden-Württemberg

Stuttgart, 30. Juni 2023

Gemeinsame Erklärung: Wasserstoffinfrastruktur für Baden-Württemberg

Wasserstoff bildet eine wichtige Säule für die Erreichung der Klimaneutralität, für die Energiewende und für die Transformation der Wirtschaft in Baden-Württemberg. Der schnelle Aufbau einer umfassenden Wasserstoffinfrastruktur und die ausreichende Bereitstellung von grünem Wasserstoff in ausreichenden Mengen (langfristig zu einem Großteil über Importe) sind ein Schlüsselement für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in Baden-Württemberg und somit auch für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes. Die Landesregierung hat deshalb unter Federführung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft einen Fachdialog Wasserstoffinfrastruktur mit Akteurinnen und Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden und Kommunen durchgeführt. Aus den Ergebnissen dieses Fachdialogs lassen sich folgende Schlussfolgerungen und Forderungen ableiten:

1) **Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen**

Baden-Württemberg braucht eine schnelle und vollständige Anbindung an das deutsche bzw. europäische Wasserstoffnetz deutlich vor dem Jahr 2040. Erste Anbindungen können nach den vorliegenden Planungen der Fernleitungsnetzbetreiber bis 2030 erfolgen. Nur so können die Klimaschutzziele erreicht und die Position als führende Technologie- und Wirtschaftsregion erhalten werden. Die Entscheidung des Bundeskabinetts für den Aufbau eines (ersten) deutschen Kernnetzes bis 2032 wird deshalb ausdrücklich begrüßt. Die entsprechenden rechtlichen, planerischen und finanziellen Rahmenbedingungen müssen rasch auf Bundesebene geschaffen werden. Das von der Deutschen Energieagentur (dena) entwickelte Modell zur Startfinanzierung bietet dafür einen geeigneten Ansatz. Auf europäischer Ebene müssen insbesondere durch praktikable Entflechtungsregelungen die regulatorischen Voraussetzungen für tatsächliche Investitionen in das Wasserstoffnetz geschaffen werden.

2) **Nationales Wasserstoffnetz**

Bereits bei der Ausgestaltung des Kernnetzes müssen die im Bau befindliche wasserstofffähige Süddeutsche Erdgasleitung (SEL) vom Knotenpunkt Lampertheim bis Altbach/Neckar und deren Verlängerung bis Bissingen/Bayern, die Nord-Süd-Pipelineverbindung im Rheintal nach Baden-Württemberg und deren Fortführung bis zur Schweizer Grenze, der Anschluss des Bodenseeraums (Illertal-Leitung/Donau-Bodensee-Leitung) sowie das grenzüberschreitende Projekt „Rhyn Interco“ im Raum Freiburg einbezogen werden. Die von den Fernleitungsnetzbetreibern geplanten bundesländerübergreifenden Projekte „Flow“ (Verbindung in den Ostseeraum) und „H2ercules“ (Verbindung zur Nordsee) sind für den Anschluss Baden-Württembergs von großer Bedeutung und von Anfang an in den Netzplänen auf Bundesebene zu berücksichtigen.

3) **Internationales Wasserstoffnetz**

Wichtige Perspektiven für Baden-Württemberg bieten zudem eine Pipelineverbindung Baden-Württembergs nach Frankreich (und damit an die geplante Mittelmeerpipeline „H2Med“) sowie eine Anbindung über Bayern/Österreich/Italien bzw. Schweiz/Italien an den Mittelmeerraum und nach Nordafrika. Über Bayern/Österreich ist perspektivisch auch eine Anbindung an Osteuropa anzustreben. Diese Optionen werden aktiv unterstützt und müssen in die Planungen auf Bundesebene Eingang finden.

4) **Wasserstoffbedarf**

Der Wasserstoffbedarf der zukünftig notwendigen Back-up-Kraftwerke für die Stromversorgung in Baden-Württemberg muss frühzeitig und vollumfänglich bei den Planungen auf Bundesebene berücksichtigt werden. Gleiches gilt für den Bedarf der Industrie und für den flächendeckenden Aufbau einer ausreichenden Wasserstofftankstelleninfrastruktur, insbesondere für den Schwerlastverkehr. Letzterer muss mit Unterstützung der europäischen und nationalen Ebene zügig vorangetrieben werden. Die aktuellen Rahmenbedingungen wie die Trilogieeinigung auf die zukünftige AFIR-Verordnung reichen dafür noch nicht aus. Der Ausbau der Infrastruktur muss in enger Abstimmung mit den Planungen für die Verteilnetze, an die in Baden-Württemberg zahlreiche Gewerbebetriebe und Industrieunternehmen angeschlossen sind, erfolgen. Hierfür sind ein begleitender Prozess und ein Monitoring gemeinsam mit den Stakeholdern erforderlich.

5) **Wasserstoffbedarfsabfrage**

Der prognostizierte Bedarf an Wasserstoff in Baden-Württemberg wird spätestens ab 2030 massiv ansteigen, insbesondere in der Stromerzeugung (Umstellung von Gaskraftwerken), Schwerlastverkehr und Industrie (stoffliche und energetische Nutzung). Die Verbraucher sind in Baden-Württemberg nicht auf wenige energieintensive Unternehmen konzentriert, sondern entsprechend der Wirtschaftsstruktur des Landes auf viele Standorte verteilt. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und die Plattform H2BW haben gemeinsam mit dem Fernleitungsnetzbetreiber terranets BW, den baden-württembergischen IHKs und verschiedenen Branchenverbänden eine neue Bedarfserhebung gestartet, die durch eine wissenschaftliche Analyse ergänzt wird. Diese konzertierte Aktion, die sich insbesondere auch an den baden-württembergischen Mittelstand richtet, wird kurzfristig (3. Quartal 2023) wichtige Ergebnisse für die Planungsprozesse für den Netzausbau auch auf Bundesebene liefern. Sie fließen auch in die Planung dezentraler Wasserstoffherzeugung ein. (Weitere Informationen: <https://www.plattform-h2bw.de/h2-bedarf>)

6) **Wasserstoffherzeugungskapazitäten in Baden-Württemberg**

Zusätzlich zu den notwendigen Pipelineanbindungen müssen Erzeugungskapazitäten im Land (Insel- bzw. Clusterlösungen) geschaffen werden, vor allem um kurz- und mittelfristig die wachsenden Bedarfe an grünem Wasserstoff in der Fläche zu decken. Mit einem deutlich wachsenden Wasserstoffbedarf in Kraftwerken und in der Industrie ist bereits vor 2032, dem Zielhorizont des bundesweiten Kernnetzes, zu rechnen. Zudem muss auch in Baden-Württemberg zukünftig Wasserstoff als Speichermedium für grünen Strom genutzt werden. Diese Punkte müssen in den laufenden Planungsprozessen auf Bundesebene für die Strom- und Gasnetze berücksichtigt werden. Notwendig sind

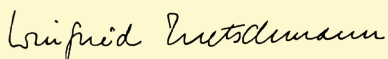
bundesweit einheitliche Bedingungen, die den Aufbau von Elektrolyseuren auch im Südwesten planungssicher ermöglichen und finanziell fördern. Die beginnende Dynamik muss auf Seiten des Bundes wie des Landes unterstützt werden. Dazu werden auf Basis der Bedarfserhebung auch weitere Insellösungen wie regionale Hubs und „Marktplätze“ auf Landesebene verstärkt identifiziert. Vereinfachungen des Zulassungsverfahrens auf europäischer Ebene werden unterstützt. Auf Landesebene werden die Genehmigungsverfahren weiter durch unterstützende Leitfäden und Handlungsempfehlungen gestärkt.

7) **Wasserstoffpartnerschaften**

Die Aktivitäten des Bundes zu internationalen Kooperationen werden begrüßt und unterstützt. Die Landesregierung hat neue Kooperationen mit Regionen wie Andalusien und Schottland vereinbart, bestehende Partnerschaften und Netzwerke ausgebaut sowie gezielt Delegationsreisen durchgeführt, um Optionen für das Land im Bereich Wasserstoff (Importe, Technologiek Kooperationen und -export) zu erschließen. Dieser Weg wird mit Beteiligung der Stakeholder und im Rahmen der Schwerpunkte des Bundes konsequent fortgeführt.

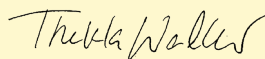
8) **Wasserstoffförderung**

Die Förderaufrufe und Leuchtturmprojekte in Baden-Württemberg insbesondere in den Bereichen FuE (Grundlagenforschung und industrienähe Forschung), Infrastruktur, Modellregionen sowie Landesbeteiligung an den IPCEI-Vorhaben umfassen ein finanzielles Volumen von über 500 Mio. Euro. Sie tragen gemeinsam mit den Förderungen des Bundes und der EU maßgeblich dazu bei, die Entwicklung von Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologien voranzutreiben und den Industrie- und Technologiestandort Baden-Württemberg weiter zu stärken. Insbesondere für die Branchen Maschinen- und Anlagenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Mechatronik bestehen gute Chancen, am Wasserstoffhochlauf zu partizipieren und Leitanbieter entlang der gesamten Wasserstoff-Wertschöpfungskette zu werden. Diese Chancen können nur dann realisiert werden, wenn die notwendige Wasserstoffinfrastruktur zeitnah und umfassend in Baden-Württemberg zur Verfügung steht und von der heimischen Industrie als Demonstrator bzw. für Feldtests genutzt werden kann. Verzögert sich der zeitnahe Aufbau der erforderlichen Infrastruktur und damit die entsprechende Planungssicherheit, sind negative Auswirkungen auf den Industrie- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg mit bundesweiten Effekten zu befürchten.



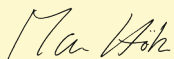
Winfried Kretschmann MdL

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg



Thekla Walker MdL

Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft



Prof. Dr. Markus Hölzle

Vorsitzender des Wasserstoffbeirats Baden-Württemberg

Jan Stefan Roell

Dr. Jan Stefan Roell
Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag



Heinz-Werner Hölscher

badenova AG & Co. KG



L. Kissau

Dr. Lars Kissau
BASF SE



Dr. Thomas Pauer

Robert Bosch GmbH



Dr. Matthias Jurytko

cellcentric GmbH & Co. KG



Kai Burmeister

Kai Burmeister
Deutscher Gewerkschaftsbund
Baden-Württemberg



Dr. Martin Bernhart

Dr. Martin Bernhart, Deutscher Verein
des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)
Landesgruppe Baden-Württemberg



Dr. Gernot Stellberger

EKPO Fuel Cell Technologies GmbH



Franz Loogen

e-mobil BW GmbH



Andreas Schell

EnBW
Energie Baden-Württemberg AG



Dirk Güsewell

Dr. Jörg Reichert

Energiedienst Holding AG



Hermann Becker

Evonik Operations GmbH



Dr. Tilman Krauch

Freudenberg Technology Innovation
SE & Co. KG



Wolfgang Ruch

Großabnehmerverband Energie
Baden-Württemberg e.V.



Rainer Reichhold

HANDWERK BW



Catharina Clay

IGBCE Landesbezirk Baden-Württemberg



Roman Zitzelsberger

IG Metall Bezirk Baden-Württemberg



Dr. Andreas Krobjilowski

MiRO – Mineralöleraffinerie
Oberrhein GmbH & Co. KG



Jörg Dürr-Pucher

Plattform Erneuerbare Energien
Baden-Württemberg e.V.



Dr. Katrin Flinspach

terranets GmbH



Dr. Werner Götz

TransnetBW GmbH



Oliver Barta

Unternehmer Baden-Württemberg
e.V.



Prof. Dr. Winfried Golla

Verband der chemischen Industrie e.V.
Baden-Württemberg VCI BW



Dr. Dietrich Birk

VDMA e.V. Baden-Württemberg



Klaus Saiger

Verband für Energie- und Wasserwirtschaft
Baden-Württemberg e.V. (VfEW)



Dr. Tobias Bringmann

Verband kommunaler Unternehmen e.V.
Landesgruppe Baden-Württemberg



Iris Bienert

Wirtschaftsverband Papier
Baden-Württemberg – WVP – e.V.



Prof. Dr. Frithjof Staß

Zentrum für Sonnenenergie- und
Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg

